



## **Dringliche Motion Nr. 236 2010/2012**

Eingang Stadtkanzlei: 12. September 2011

### **Entlastungspaket 2013**

Die unterzeichnenden Fraktionen sind besorgt über das strukturelle Defizit in der Stadt Luzern. Ohne wirksame Gegenmassnahmen steigt die Nettoverschuldung in der Periode 2011 bis 2016 um 200 Millionen Franken auf über 350 Millionen Franken. Zu den Belastungen, die in den stadträtlichen Planungen berücksichtigt sind, kommen zusätzliche Herausforderungen wie steigende Kosten im Sozial- und Gesundheits- sowie im Bildungsbereich. Trotz verschiedener Bemühungen gelingt es offenbar nicht, den Finanzhaushalt ins Gleichgewicht zu bringen.

Die Stadt Luzern sollte den finanziellen Handlungsspielraum zurückgewinnen, um langfristig aktuelle und neue Aufgaben finanzieren zu können. Nur eine Stadt, welche die finanzielle Nachhaltigkeit sichert, kann ein soziales Gemeinwesen sein.

Die unterzeichnenden Fraktionen unterstützen deshalb die Erarbeitung eines weiteren Entlastungspaketes mit dem Ziel, das strukturelle Defizit abzubauen und damit die vom Stadtrat beantragte Steuererhöhung per 2013 zu vermeiden. Damit es gelingt, den städtischen Haushalt nach 2015 wieder ins Lot zu bringen, können einerseits Restanzen und nicht verwirklichte Massnahmen aus früheren Massnahmenpaketen berücksichtigt werden (Sparpaket 2010 und EÜP), andererseits Leistungen unabhängig von der Frage der Freiwilligkeit auf ihre Effizienz und Notwendigkeit hin geprüft werden. Im Weiteren ist die Organisationsform der Leistungserbringung zu prüfen und die Fertigungstiefe zu überlegen.

Der Stadtrat wird deshalb ersucht,

- a) dem Grossen Stadtrat bis Ende Februar 2012 einen Bericht und Antrag zu unterbreiten, der Massnahmen enthält, deren Umsetzung dazu führt, dass die Laufende Rechnung der Stadt Luzern bis Ende 2013 um jährlich wiederkehrend mindestens 15. Mio. Fr. oder im Umfang der beantragten Steuererhöhung entlastet wird.

- b) dem Grossen Stadtrat rechtzeitig die für die Massnahmenvorschläge notwendigen Anpassungen von Reglementen etc. zu beantragen, damit diese bis Ende 2013 ihre volle Wirksamkeit entfalten können.

Martin Merki  
namens der FDP-Fraktion

Manuela Jost  
namens der GLP-Fraktion

Thomas Gmür  
namens der CVP-Fraktion

Werner Schmid  
namens der SVP-Fraktion